

Drohungen gegen Stadt: Bürgermeister will Beigeordneten-Suche stoppen

Unna. Auch die Stadtverwaltung spricht sich dafür aus, die Besetzungsverfahren für die vakanten Beigeordnetenstellen im Unnaer Rathaus abzubrechen. Der Stadt seien sogar Klagen angedroht worden.

Der angekündigte Verfahrensvorschlag für die Neubesetzung von zwei offenen Spitzenstellen im Rathaus von Unna liegt vor, entpuppt sich allerdings erst einmal als ein „halber“.

In einem Papier für den Stadtrat empfiehlt die Verwaltung nun, die Stellenausschreibungen für die Beigeordnetenpositionen der Dezernate 2 und 4 aufzuheben, die Besetzungsverfahren abzubrechen. Wie es dann weitergehen soll mit der Suche nach Nachfolgern von Kerstin Heidler und Karl-Gustav Mölle, soll aber erst nach der Sommerpause entschieden werden.

Rathaus war in die Kritik geraten

Wichtig scheint es der Stadtverwaltung, zunächst einmal, Schadensbegrenzung zu betreiben. Dass die Bewerbung der bündnisgrünen Fraktionsvorsitzenden



Ein unter Federführung des Bürgermeisters Dirk Wigant verfasstes Papier rät dem Stadtrat nun, die Verfahren der Beigeordnetensuche abzubrechen.

FOTO HENNES (A)

Claudia Keuchel für die Heidler-Stelle eine öffentliche Diskussion ausgelöst hat, in der auch der Entwurf einer Vorbewertung durch die Verwaltung öffentlich geworden ist, hat dem Rathaus offenbar Vorwürfe eingebracht.

Mehrere Bewerber hätten sich bei der Verwaltung ge-

meldet und den Verlust der Vertraulichkeit beklagt, heißt es im Papier für die Politiker, das unter Federführung des Bürgermeisters selbst abgefasst worden ist. Dabei reiche das Spektrum der Reaktionen von Unmutsbekundungen über den Rückzug von Bewerbungen bis zu Anträgen auf Akten-

einsicht und Klageandrohungen. Selbst Bewerber aus der Spitzengruppe der Vorbewertung seien aus dem Verfahren ausgestiegen.

Vertrauensgrundlage vorab beschädigt

„Grundtenor war jedoch, dass die Vertraulichkeit, die

für die in der Ausschreibung geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit erforderlich ist, schon jetzt einseitig schwer verletzt wurde und die Kreisstadt Unna sich als potentielle Arbeitgeberin auch für die Zukunft schweren Schaden zugefügt hat“, heißt es weiter in dem Papier.

Als ein Fazit formuliert die Stadtverwaltung: „Die Stellenbesetzungsverfahren haben (...) bereits jetzt einen solchen Schaden genommen, dass deren rechtssicherer Abschluss fraglich und eine Wahl im Sinne der verbliebenen, eingeschränkten Bestenauslese nicht mehr sinnvoll“ sei.

Offenbar, so verrät das Papier, hat sich eine Mehrheit der Politik schon im nicht-öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung am 16. Juni dafür ausgesprochen, die Verfahren abzubrechen. Einstimmig war dieses Votum vermutlich nicht, hatten sich doch anschließend zumindest FLU und WfU in eigenen Stellungnahmen dafür ausgesprochen, die Stellen aus dem vorhandenen Bewerberkreis zu besetzen. *ska*.